

**AG Freie Wohlfahrtspflege und Forum Jugend und Soziales protestieren:**

## **Solingen bleib(t) sozial! Wir sind am Limit**

Unter diesem Motto demonstrierten am 21. Oktober 2023 Hunderte Solingerinnen und Solinger, um vor dem drohenden Finanzkollaps der Sozialverbände und ihrer Einrichtungen und Angebote zu warnen. Eingeladen hatten die Arbeitsgemeinschaft Freie Wohlfahrtspflege und das Forum Jugend und Soziales. Gekommen waren die Beschäftigten der sozialen Einrichtungen, Eltern mit ihren Kindern, Vertreter\*innen von Verbänden, Gewerkschaften, Kirchen und andere Engagierte, die ihre Solidarität bekunden wollten.

Auf Schildern und Transparenten zeigten sie ihren Unmut und protestierten lautstark gegen die anhaltende finanzielle Unterversorgung von Kindertagesstätten, Angeboten der Ganztagsbetreuung von Schulkindern, Pflegeeinrichtungen, Integrationsmaßnahmen für Geflüchtete und anderen sozialen Angeboten. Viele Einrichtungen in der Stadt müssen mittlerweile ihre Leistungen und Angebote einschränken oder sind aktuell und direkt bedroht. Dr. Christoph Humburg (Caritas) brachte es so auf den Punkt: „Wir stehen am Kipppunkt zu einer fatalen Gesellschaftsentwicklung, wenn nicht endlich gesehen wird, wie wichtig eine zuverlässige Finanzierung von solchen Basis-Angeboten ist“.

Gefordert wurde von den Demonstrant\*innen und zahlreichen Redner\*innen die finanzielle Absicherung sozialer Einrichtungen, gesicherte Qualität und Verlässlichkeit sozialer Arbeit sowie aktive politische Unterstützung für soziale Einrichtungen. Doch der Ruf nach Hilfen von Bund und Ländern klingt hilflos, Erwartungen sind eher Illusionen. Zumindest beim Bund bleibt der Geldsack zu, denn die Bundesregierung kürzt knallhart und lässt ihren Finanzminister Unmissverständliches mitteilen: „Es ist zu viel Verteilung, es ist zu viel Sozialpolitik, da müssen wir ran“, so Lindner bei einer Diskussionsveranstaltung der „Rheinischen Post“ am 30. Oktober 2023.

Deshalb muss unser Protest noch lauter werden! Bedauerlicherweise kommt von Seiten der Gewerkschaften zu wenig, denn hier zeigt sich die Regierungsnähe der Gewerkschaftsspitzen. Da ist eben für das Militär sehr viel, für das Soziale entsprechend weniger drin.



**Geld ist genug da: Reiche besteuern, Rüstungsausgaben kürzen!**

Die DKP Solingen unterstützt die Proteste gegen die Kürzungen im Sozialbereich und macht folgende Vorschläge zur nachhaltigen Finanzierung des sozialen Sektors und der öffentlichen Daseinsvorsorge:

- **Wiedereinführung der Vermögenssteuer für Reiche und Superreiche in diesem Land!**
- **Erhöhung der Erbschaftssteuer für Vermögende!**
- **Radikale Senkung der Rüstungsausgaben: Sofortige Rücknahme des Ziels, 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes in Rüstung zu investieren!**
- **100 Milliarden Euro-Sonderpaket für Soziales und nicht für die Rüstung!**

## **Keine Barmherzigkeit**

# **Lauterbach, Laumann, Woelki & Co. gefährden die Gesundheitsversor- gung in der Region**

Der Mensch steht nicht im Mittelpunkt im Kapitalismus, sondern der Profit – auch bei der katholischen Kirche! Was es bedeutet, wenn auch Gesundheit zur Ware wird, verspüren jetzt schmerzlich die Beschäftigten der sogenannten Kplus-Gruppe, die Eigner der St. Lukas-Klinik in Solingen und von Kliniken in Hilden und Haan ist.

Kplus, das ist ein Träger der katholischen Kirche, gehörend zum Bistum Köln mit dem Oberhirten Bischof Woelki und den Geistlichen im Vatikan. Diese frommen Herren ließen Jahrzehnte die Beschäftigten in drei Kliniken in Solingen, Haan und Hilden für kirchliche Erträge arbeiten. Jetzt sind diese nicht mehr profitabel, also müssen sie weg. Geplant ist die Schließung in Solingen für Ende des Jahres 2023, für die Kliniken in Haan und Hilden für Ende Januar 2024. Zurück bleiben wütende und frustrierte Beschäftigte und die Menschen im Bergischen Land, deren Krankenhauslandschaft mit einem Mal zu kollabieren droht. Sprecher\*innen der Städte Haan und Hilden bezeichnen die Lage als eine Katastrophe für ihre Region. Alarmierend ist ihrer Aussage nach, dass schon bald die Notfallversorgung nicht mehr gesichert sei.

Diese Schließungen geschehen vor dem Hintergrund eines privatisierten Gesundheitswesens und der darauf abgestellten Krankenhausplanung von Bund und Land. Bekanntlich soll nach der Langzeitplanung die Hälfte der Krankenhäuser in Deutschland verschwinden, vor allem im ländlichen Raum. Federführend dafür sind die „Gesundheits“minister Lauterbach (Bund) und Laumann (Land NRW).



„Auch morgen für Sie da!“ Wie Hohn muss dieser Slogan in den Ohren der Beschäftigten und Patient\*innen der St. Lukas-Klinik klingen



*Bereits seit Monaten ist die Schließung der St. Lukas-Klinik beschlossene Sache*

In den vergangenen Jahren wurde durch die Pandemie noch einmal besonders deutlich, dass wir nicht weniger, sondern mehr „Gesundheit“ brauchen. Somit sind die Klinikschließungen eine grobe Missachtung von den Interessen der Menschen in der Umgebung.

### **Protest der Betroffenen zeigt erste Wirkung**

Die von der Schließung betroffenen Beschäftigten und viele Bürgerinnen und Bürger der Region wehren sich und tragen ihren Protest auf die Straße. Es fanden bereits zwei Demonstrationen statt mit tausenden Teilnehmer\*innen. Wir Kommunist\*innen unterstützen diese Aktionen.

**Die DKP Solingen fordert: Soforthilfe für die Sicherung des Krankenhauswesens in der Region. Die Städte sollten den Gesundheitsnotstand ausrufen. Der katholische Träger wird aufgefordert, mindestens ein Krankenhaus zu erhalten.**

Druck machen lohnt sich, wie sich auch jetzt wieder zeigt. So gibt es Überlegungen, doch noch ein Krankenhaus in Hilden zu erhalten. Das wäre ein wichtiges Zeichen für die Beschäftigten und die Krankenhauslandschaft im Bergischen Land.



**Deutscher Herbst 2023:**

# **Flüchtlingshetze und Kriegsgeschrei!**

Zwei Themen dominieren die Schlagzeilen und Nachrichten in diesen Tagen. Erstens die steigenden Flüchtlingszahlen und deren Abwehr und zweitens der anhaltende Krieg in der Ukraine und die Forderungen nach noch mehr Waffen ins Kriegsgebiet.

Die Zahl der Flüchtlinge und Asylsuchenden ist tatsächlich stark angestiegen. Hintergründe sind die sich zuspitzenden militärischen und ökonomischen Krisen in vielen Regionen Afrikas und der arabischen Welt. Hinzu kommen gewaltige Natur- und Dürrekatastrophen, die Länder wie Libyen, Marokko, Syrien, Kenia und Somalia heimsuchen. Die Zahl der Hungernden hat sich in den letzten Jahren allein in Ostafrika fast verdoppelt. Die internationalen Hilfszentren kommen nicht mehr nach. Es fehlt an allem: Getreide, Saatgut, medizinischer Versorgung und Spenden. Obwohl Tausende auf den gefährlichen Routen nach Europa im Mittelmeer ertrinken, in den von der EU bezahlten Abschiebelagern in Libyen versklavt werden oder sich auf Schleuserwegen durch Süd-Europa in großer Gefahr befinden, wollen die Menschen sich nicht abhalten lassen. Sie haben nichts mehr zu verlieren.

## **Kommunen werden im Stich gelassen**

Die Situation wird verschärft durch eine Million ukrainischer Flüchtlinge, die unser Land seit dem Beginn des Krieges erreicht haben. Die Städte und Kommunen ächzen unter der Last der Aufgaben und in den Medien überschlagen sich Meldungen über unzumutbare Zustände und Forderungen nach einem Zurückdrängen der „Asylantenflut“. Die AfD, beflügelt durch eine chaotische Regierungspolitik und reißerische Schlagzeilen zur Flüchtlingssituation, fährt täglich neue Umfragerekorde ein. Die ersten Flüchtlingsunterkünfte sind bereits in Brand geraten - die Stammtische bestimmen weitgehend das politische Klima. „Wer soll das alles bezahlen“ und das „Boot ist voll“, sind die Überschriften dieser erneuten Kampagne für eine Verschärfung des Asylrechts.

## **Stoppt die Waffenlieferungen in die Ukraine!**

Womit wir beim Ukrainekrieg angelangt sind. Für das Ziel, Russland in die Knie zu zwingen und die neue militärische Rolle Deutschlands zu stärken ist Geld kein Thema. 12 Milliarden Euro wurden vom Haushaltsausschuss für Waffenlieferungen an die Ukraine inklusive Ersatzbeschaffungen für die Bundeswehr genehmigt. Waffen im Wert von 5,1 Milliarden Euro bereits in die Ukraine geliefert, damit das tausendfache Morden weitergehen kann. Wurden erst nur Helme in die Ukraine geliefert, folgten Flugabwehrsysteme, Haubitzen, Panzer, Raketen. Immer neue rote Linien werden überschritten.

## **Waffenstillstand und Verhandlungen sind das Gebot der Stunde**

An Verhandlungen wird kein Gedanke verschwendet - erst muss Russland kapitulieren. Die jüngsten Initiativen Chinas, Südafrikas und Brasiliens in der UN, für einen sofortigen Waffenstillstand wurden sofort vom Tisch gewischt. Einmal mehr als Scharfmacher erwies sich dabei die Bundesregierung. Während andere Länder inzwischen langsam vom unbedingten Kriegskurs abweichen, stehen Scholz und Baerbock fürs Weiterkämpfen, trotz des festgefahrenen Stellungskrieges und der gescheiterten Gegenoffensive der Ukraine. Wieviel junge Menschen müssen auf beiden Seiten noch sterben, um diesen Stellvertreterkrieg endlich zu beenden?

100 Milliarden zur Verbesserung der Kriegsfähigkeit Deutschlands und die Forderungen nach noch mehr Geld fürs Militär werden täglich lauter. Was könnte man mit diesem Geld nicht alles zur Verbesserung der Situation der Menschen, in den von Hunger und Katastrophen betroffenen Regionen Afrikas, zur tatsächlichen Bekämpfung der Fluchtursachen beitragen? Stattdessen kürzt man die Entwicklungshilfe. Muss man noch mehr sagen?



BERLIN - BRANDENBURGER TOR - 25.11.2023 - 13:00 UHR

**Nein zu Kriegen**  
**Rüstungswahnsinn stoppen**  
**Zukunft friedlich**  
**& gerecht gestalten**

Über 120 Aktive aus der Friedensbewegung von Gewerkschaften, Parteien und Initiativen rufen zu einer bundesweiten Demonstration am 25. November 2023 in Berlin auf, um gegen die im Bundestag vorgesehene Verabschiedung des Rüstungshaushaltes zu protestieren: „Es ist Zeit, dass wir Bürgerinnen und Bürger uns wieder stärker in die politischen Auseinandersetzungen einmischen. Deshalb rufen wir auf, am 25.11. – am Samstag vor der Verabschiedung des Bundeshaushaltes – gemeinsam für Frieden und Abrüstung, Waffenstillstand zwischen Russland und der Ukraine und Friedensverhandlungen zu demonstrieren“. Den Aufruf unterstützen u.a. Prof. Dr. Christoph Butterwegge, die Schauspieler\*innen Rolf Becker, Renan Demirkan, Katja Ebstein, die Bundestagsabgeordneten Sevim Dağdelen, Dr. Gregor Gysi, Amira Mohamed Ali, Sahra Wagenknecht, die Theologin Dr. Margot Käßmann, die Journalistin Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz, die Gewerkschafter Jürgen Peters (ehem. IG Metall-Vorsitzender), Georgios Margaritis, Wuppertal, ver.di Rhein Wupper und Silvia Gingold, VVN-BdA Hessen.

Quelle: [Nie wieder Krieg! | Frieden und Zusammenarbeit statt Aufrüstung und Konfrontation! \(nie-wieder-krieg.org\)](https://nie-wieder-krieg.org)

# Protest gegen Bundeswehr im Hofgarten



Am Samstag, den 28. Oktober 2023 demonstrierten vor und im Einkaufszentrum „Hofgarten“ in Solingen-Mitte zwei Dutzend Friedensaktivistinnen und -aktivisten des Solinger Neuen Friedensforums gegen die dortige Präsenz der Bundeswehr. Diese stellt seit Oktober bis Ende November in einem Ladenlokal im Hofgarten einen Wiesel-Panzer aus und versucht aktiv junge Menschen für den Kriegsdienst zu werben. Dabei wird in erster Linie ein aufregendes Abenteuer

suggestiert. Informationen über psychische und physische Folgen von Kriegseinsätzen? Keine Spur.

Das Solinger Friedensforum hat mit der Aktion im und vor dem Pop-Up-Store der Bundeswehr deutlich gemacht, dass in Solingen eine solche Werbung für Krieg und Zerstörung fehl am Platz ist und darauf hingewiesen, was man mit 100 Milliarden stattdessen besser finanzieren könnte: Krankenhäuser, Schulen, ÖPNV, Kultur und vieles mehr. Auch in Zukunft wird die Solinger Friedensbewegung unter dem Motto „Kein Werben fürs Sterben!“ gegen derlei Auftritte des Militärs im Innern aufbegehren. Gemeinsam werden wir auch bei künftigen Bundeswehrauftritten deutlich machen, dass in Solingen kein Platz für die Werbung für den Dienst an der Waffe ist, an der insbesondere die deutschen Rüstungskonzerne ein besonderes Interesse haben.

Bei Interesse an einer Mitarbeit im Friedensforum, sind Sie herzlich eingeladen, dieses unter der E-Mailadresse: [mail@friedensforum-solingen.de](mailto:mail@friedensforum-solingen.de) zu bekunden und sich zu beteiligen. Nein zum Krieg! Nein zum Panzer im Hofgarten! Kein Werben fürs Sterben, nicht in Solingen oder andernorts!

Wir dokumentieren Auszüge der Erklärung des Bundesausschuss Friedensratschlag vom 9. Oktober 2023

## ***Bundesregierung muss sich für Stopp der Kampfhandlungen und der Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einsetzen***

Der Angriff der Kassem-Brigaden aus dem Gazastreifen auf Israel füllt die Schlagzeilen. Wie im Ukraine-Krieg wird er als überraschend, unprovokiert und brutal dargestellt, und wieder ist die deutsche Außenministerin eine der ersten, die einer der Kriegsparteien die uneingeschränkte Solidarität verspricht. Doch der Angriff hat eine Vorgeschichte, die in der völkerrechtswidrigen Besatzungspolitik israelischer Regierungen seit 1967 zu suchen ist und immer wieder zu Gewaltausbrüchen zwischen den Konfliktparteien führte. Versuche, den Konflikt durch eine Zwei-Staaten-Lösung zu entschärfen, wurden von israelischer Seite wieder und wieder blockiert.

Entwicklungen, die eine Annäherung von einzelnen arabischen Staaten und Israel anbahnen und die Interessen der Palästinenser dabei übergehen, sowie die gewaltsame Besatzungspolitik der derzeitigen rechtsradikalen Netanjahu-Regierung, die seit Jahresbeginn etwa 300 palästinensische Todesopfer im Westjordanland forderte, bilden den provokatorischen Hintergrund für den Angriff aus dem Gazastreifen auf israelisches Territorium. (...)

Der Bundesausschuss Friedensratschlag kritisiert die Haltung der Bundesregierung, in dieser eskalierenden Situation einseitig auf das Recht Israels auf Selbstverteidigung im Rahmen der deutschen Staatsräson für Israels Sicherheit zu pochen: Die israelische Regierung hat ein Bombardement des Gazastreifens begonnen, den kriegsgeschundenen Menschen im Gazastreifen den Strom abgeschaltet sowie den Import aller Güter inklusive Kraftstoff blockiert und einen langen Krieg angekündigt.

Meldungen, dass auch die Spannungen an der Nordgrenze Israels zunehmen und der Eintritt der Hisbollah in den Konflikt im Raume steht, sollten doch eigentlich dazu führen, dass die Bundesregierung die Konfliktparteien insgesamt zu Zurückhaltung und Mäßigung aufruft.

Der im Koalitionsvertrag festgelegte Vorsatz, sich für eine Zweistaatenlösung einsetzen zu wollen, harret mehr denn je der Umsetzung. Die Sicherheit Israels ist erst dann gewährleistet, wenn eine ausgehandelte Zwei-Staaten-Lösung umgesetzt ist.

Wir verlangen, dass sich die Bundesregierung sofort für einen Stopp der Kampfhandlungen und der Aufhebung der Blockade des Gazastreifens einsetzt, alle verfügbaren diplomatischen Kräfte mobilisiert und endlich den Verhandlungsweg zu einer Zwei-Staaten-Lösung nachhaltig fördert.

Quelle: [Zum israelisch-palästinensischen Konflikt – Bundesausschuss Friedensratschlag](#)

## Solidaritätsbrigaden der SDAJ 2023

### **Viva Cuba Socialista!**

Im Juli und August 2023 starteten die beiden Jugendbrigaden der SDAJ. Ihr Ziel: Das sozialistische Cuba. In zwei Brigaden á 30 Jugendlichen lernte der revolutionäre Jugendverband zwei Wochen lang den sozialistischen Inselstaat und die Errungenschaften der Revolution kennen. Zwischen Besuchen im Kinderkrankenhaus, bei den Feierlichkeiten zu Fidel Castros Geburtstag oder anlässlich des Jubiläums des Sturms auf die Moncada-Kaserne kam auch der persönliche Austausch mit den Cubaner\*innen nicht zu kurz. So gab es dann auch spannende Einblicke ins Alltagsleben des cubanischen Volkes, das einerseits zwar von dem herausragenden Bildungs- und Gesundheitssystem, von realer demokratischer Mitbestimmung in Schule, Betrieb und Gesellschaft insgesamt, andererseits aber auch von den tagtäglichen Einschränkungen durch die völkerrechtswidrige Wirtschaftsblockade der USA geprägt ist. Besonders eindrucksvoll war der Besuch im Kinderkrankenhaus „William Soler“, wo einerseits die überwiegend unter zehnjährigen Patient\*innen kostenlose Chemotherapien bekamen, wo andererseits teils US-amerikanische Medikamente wegen der Blockade fehlten, sodass den Menschen nicht so gut geholfen werden kann, wie es eigentlich möglich wäre. Diese Blockade kostet Menschenleben, das wurde uns immer wieder ganz praktisch vor Augen geführt.

Beide Brigaden hatten während ihres Aufenthalts ein unterschiedliches Programm: So war die Brigade Ernesto Che Guevara in ganz Cuba unterwegs, machte eine Rundreise von Havanna bis Santiago de Cuba, während die Brigade Fidel Castro vor allem in Havanna Einrichtungen, Institutionen und Revolutionäre besuchte.

Und für beide war der Aufenthalt ausgesprochen lehrreich: die Einsichten, die vom sozialistischen Cuba erlangt werden konnten, werden lange im Gedächtnis bleiben. Besonders prägnant fiel beispielsweise der

Unterschied zwischen den Systemen der politischen Teilhabe auf: Während wir in Deutschland alle vier Jahre unsere Stimme abgeben dürfen, wenn mal wieder ein neues Parlament gewählt wird und ansonsten auffallend wenig Mitsprache in zentralen Fragen haben, ist die Demokratie in Cuba grundlegendes Prinzip für alle Bereiche des Alltags. Beim Besuch der Nachbarschaftskomitees „CDR“ ließen wir uns das erklären und staunten nicht schlecht: Die Cubaner\*innen wählen ihre Abgeordneten direkt in den Nachbarschaften aus denjenigen Leuten, die sie real kennen: ihren Nachbar\*innen. Daneben wählen auch die Massenorganisationen wie die Gewerkschaften. Die persönliche Verknüpfung zu den Abgeordneten ist daher viel enger. Doch die Demokratie hört hier nicht an der Wahlurne auf, sie findet im Alltag statt: im Betrieb entscheiden die Arbeiter\*innen praktisch mit, was wie produziert wird, in den Unis verwalten die Student\*innen ihre Hochschulen aktiv mit, in den Schulen organisieren sich die Schüler\*innen zur gegenseitigen Hilfe, für kulturelle Veranstaltungen und vieles mehr. Diese Erfahrungen strafen das Geschwafel von der „Diktatur Cuba“ Lügen. Nicht zuletzt deshalb haben wir beispielsweise in Wuppertal eine Nachfolgeveranstaltung organisiert, in der die Brigadist\*innen über ihre Eindrücke aus dem sozialistischen Land berichten und praktisch klar machen konnten: Es gibt eine Alternative zum Kapitalismus, diese Alternative lebt und sie kann ein menschenwürdiges Leben für die Mehrheit verwirklichen, wo der Kapitalismus dies nur seinen Superreichen garantiert.

Wir wollen uns an dieser Stelle auch nochmal ganz herzlich bei allen Spender\*innen bedanken, die rund 60 Jugendlichen die Reise nach Cuba mit ermöglicht haben - allen voran natürlich der DKP Solingen und Wuppertal. Nur dank der tatkräftigen Hilfe unserer vielen Freund\*innen und Genoss\*innen konnten wir diese Solidaritätsbrigaden in Cuba verwirklichen, die nicht nur uns so viel gebracht haben, sondern auch für Cuba ein ganz praktisches Zeichen der internationalen Solidarität waren.

**Venceremos! Hoch die internationale Solidarität!**





Salvador Allende: Präsident des Volkes  
(Quelle: Biblioteca del Congreso Nacional de Chile)

## Chile 1973

Am 11. September vor 50 Jahren putschte das Militär Chiles gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Salvador Allende und seine Regierung. Dem Staatsstreich folgte eine brutale, blutige Militärdiktatur unter Führung von Augusto Pinochet, dem tausende Chileninnen und Chilenen zum Opfer fielen. Sie wurden gefoltert, ermordet, verschleppt, ins Exil gezwungen. Demokratische Parteien wurden verboten, zuerst die kommunistische und die sozialdemokratische Partei. Das vormals reiche Kulturleben des Landes erstickte in Verfolgung und Terror. Präsident Allende überlebte den Putsch nicht.

### **Unidad Popular ergreift nach Wahlsieg sofortige Reformen im Sinne der Bevölkerung Chiles**

Dabei war der Wahlsieg Allendes 1970 Ausdruck einer tiefen sozialen Krise des Landes und der Unfähigkeit der seit 1964 amtierenden Regierung des christlich-demokratischen Präsidenten Eduardo Frei, trotz sozialer Demagogie auch nur eines der drängenden Probleme des Landes zu lösen. In einem Land mit nur 10 Millionen Einwohner\*innen waren 1,5 Millionen Kinder unterernährt und 500.000 Familien obdachlos. 80 Prozent des Nutzlandes befanden sich in der Hand von 4,2 Prozent der Grundeigentümer. Verarmte Kleinbauern und landlose Tagelöhner lebten in Armut. Zudem war das Land wegen seiner Bodenschätze Ausbeutungsobjekt multinationaler Konzerne und traditionellerweise vom Auslandskapital abhängig. Die Kupferindustrie, wichtigster Exportartikel Chiles, befand sich zu 80 Prozent in der Hand von US-Konzernen.

Zur Präsidentschaftswahl 1970 traten drei starke Blöcke mit ihren Kandidaten an. Auf der Linken hatten sich die Unidad Popular („Volkseinheit“ - UP) gebildet;

die UP war ein Wahlbündnis, dem neben den beiden starken Arbeiterparteien (Sozialistische Partei - SP und Kommunistische Partei - KP) mehrere kleinere liberale, bürgerliche Gruppierungen ohne größere soziale Basis angehörten. Salvador Allende gewann 36,3% der Stimmen und lag damit vor seinen beiden rechten Mitbewerbern Alessandri (34,9%) und Tomic (27,8%).

### **Erhöhung der Löhne und des Kindergeldes, Maßnahmen zur Senkung der Kindersterblichkeit**

Die neue UP-Regierung setzte in wenigen Wochen große Reformen durch, die sich sofort im Alltag der Bevölkerung niederschlugen. Durch die Bodenreform erhielten viele arme landlose Bauern Land. Die Mindestlöhne wurden um 35 % und auch das Kindergeld wurde erhöht. Mieten und Preise für Grundnahrungsmittel wurden eingefroren. Jedes Kind unter 12 Jahren bekam täglich einen halben Liter Milch, was einen Rückgang der Kindersterblichkeitsrate um 20 % zur Folge hatte. Solche Maßnahmen rissen viele Menschen aus ihrer Gleichgültigkeit und steigerten die Popularität der UP-Regierung. Endlich mal eine Regierung, die tut was sie sagt, dachten sich viele. Aufbruch und Begeisterung machten sich breit und steckten an.

Unter dem Druck ihrer Basis beließ es die UP-Regierung nicht bei diesen Sozialreformen. So wurden Industriebetriebe der Kupfer-, Salpeter- und Eisenerzgewinnung, die Elektrizitätsgesellschaft und Betriebe des US-Telekom-Konzerns ITT verstaatlicht. Von 26 Privatbanken wurden 18 vom Staat übernommen und zwei weitere unter Staatskontrolle gestellt.

### **Das chilenische Volk übernahm die Leitung von Fabriken und Ländereien**

Die ersten Maßnahmen der UP-Regierung rissen nicht nur viele Arbeiter\*innen, sondern auch verarmte Slumbewohner\*innen und die Landbevölkerung aus ihrer Gleichgültigkeit. Einmal aufgeweckt und in Aktion beließen sie es vielerorts nicht beim Abwarten auf neue Gesetze und Verordnungen, sondern schufen mit Land- und Fabrikbesetzungen vollendete Tatsachen. In Betrieben und Arbeitervierteln bildeten sich Massenorgane (cordones industriales), so etwas wie eine Keimzelle von Arbeiterräten.

Die Arbeiter\*innen sahen und spürten jedoch auch, wie sich die Reaktion organisierte, wie Unternehmer auf faschistische Banden, auf Sabotage und Terror setzten. In Allendes Amtszeit gab es insgesamt 600 Terroranschläge auf Eisenbahnen, Brücken, Hochspannungsleitungen und Pipelines. Im April 1972 enthüllte der US-Journalist Jack Anderson, dass der US-Konzern ITT (International Telephone and Telegraph Cooperation) mit dem CIA eine Million Dollar zur Finanzierung einer Pressekampagne beigesteuert hatte.

### **Auch Mittelschicht trägt gesellschaftliche Veränderungen mit**

Die breite Mobilisierung im Volke schlug sich jedoch bei den Kommunalwahlen im April 1971 nieder, als die UP mit knapp 51 Prozent landesweit die absolute Mehrheit der Stimmen erreichte. Entgegen der Befürchtung, dass radikale sozialistische Politik die

Mittelschichten abschreckt, wurden nun auch diese von der gesellschaftlichen Radikalisierung erfasst.

Kapitalflucht und Sabotage verschärften jedoch die wirtschaftlichen Probleme ab Ende 1971 zusehends. Das durch die Sozialreformen entstandene Haushaltsdefizit konnte nicht mehr über Auslandskredite finanziert werden. Die USA hatten den Zugang zu den internationalen Kreditorganisationen versperrt. Allende musste die Druckpresse anwerfen - bis 1973 kletterte die Inflation auf über 300 %. Der Investitionsstopp der Unternehmer und die Sabotage durch bürgerlich gesinnte leitende Angestellte in den verstaatlichten Unternehmen verschlimmerten die Situation zusätzlich.

Trotz des starken Gegenwinds gewann die UP bei den Parlamentswahlen im März 1973 noch 43 %. Damit hatte sie nach wie vor eine entscheidende soziale Basis vor allem in Betrieben und Städten. Im Juni 1973 wurde ein Putschversuch reaktionärer Panzerregimenter durch regierungstreue Truppen niedergeschlagen. Er misslang auch wegen schlechter Vorbereitung und mangelnder Kommunikation.

### **Militär putschte am 11. September 1973**

Am 4. September 1973 kamen zum 3. Jahrestag von Allendes Wahlsieg noch einmal rund 800.000 Menschen zu einer Kundgebung in Santiago zusammen und forderten einen organisierten Widerstand gegen die drohende Militärintervention. Doch eine Woche später putschte das Militär unter Führung von General Augusto Pinochet. Der Luftangriff auf den Regierungspalast Moncada am 11. September 1973 und die letzten Bilder von Allende mit einer Maschinenpistole in der Hand kurz vor seinem Tod haben sich in unser Gedächtnis eingegraben.

Unstrittig ist die Rolle der USA bei dem Putsch. Schon bald nach der Wahl des Präsidenten am 4. September 1970 drängte der US-Geheimdienst CIA das chilenische Militär zum Eingreifen. Die folgenden Aktivitäten des Geheimdienstes hatten zum Ziel, die demokratischen und sozialen Errungenschaften der Volksfront durch Mobilisierung der Industrie, Handel- und Gewerbetreibenden, aller rechten Kräfte zu sabotieren. Was ihnen auch gelang. Auch das Militär ging mehr und mehr nach rechts.

### **Große weltweite Welle der Solidarität mit dem chilenische Volk, den Verfolgten und Geflüchteten**

Die ganze fortschrittliche Welt war damals erschüttert, als die dramatischen Ereignisse des 11. September bekannt wurden. Sogleich erhob sich ein internationaler Proteststurm. Die Anteilnahme an dem Geschehen war gewaltig, Hilfsbereitschaft und Solidarität wurden „über Nacht“ organisiert. So etwas hatte man in der Bundesrepublik damals noch nicht erlebt. Es bildeten sich fast überall Chile-Gruppen. Geld und Material für die Flüchtlinge, die bald zahlreich ankamen, wurde gesammelt. Ein befreundeter Verlag stellte eilig das „Schwarzbuch Chile“ her, das über die mit uns verbundenen Buchhandlungen vertrieben wurde. Vielerorts waren die Genossinnen und Genossen der DKP aktiv dabei. Aber auch über den linken Kreis hinaus waren viele demokratische und humanistisch eingestellte Menschen zutiefst erschüttert und halfen, diese breite Solidaritätsbewegung zu schaffen.

### **Politiker der Bundesrepublik Deutschland zeigten Sympathie für Putsch in Chile**

Uns empörte damals die Reaktion der deutschen Politik. Franz-Josef Strauß bemerkte, dass „das Wort Ordnung für die Chilenen plötzlich wieder einen süßen Klang“ erhalte. Bundesminister Heck, der bald der Junta seine Aufwartung machte, stellte nach dem Besuch des KZ-Stadions, in dem Tausende inhaftiert waren, fest, das Leben im Stadion sei bei sonnigem Frühlingswetter „recht angenehm“. Die damalige Regierung Brandt wusste durch den BND von dem bevorstehenden Putsch und tat nichts. Stillhalten war Linie der Politik.

### **Lehren aus der Geschichte: Aktiv gegen Rassismus und Faschismus überall auf der Welt**

Fortschrittliche, linke, humanistische eingestellte Menschen heute sollten angesichts der dramatischen Ereignisse von damals in Chile der vielen tausend Opfer gedenken. In Erinnerung bleibt der Widerstand, der in Chile selbst, unter anderem von den Genossinnen und Genossen der Kommunistischen Partei organisiert und unmittelbar in die Tat umgesetzt wurde. Ihr „Vencemos!“ ist und bleibt unvergessen.

Um diese Taten zu würdigen, sollten auch wir unsere Lehren aus den Ereignissen ziehen. Für uns als Mitglieder der DKP heute gibt es nur eins: Mithelfen, damit unser Land nicht weiter nach Rechts geht, dem Militär- und Obrigkeitsdenken entgegenwirken, gegen den weiteren Abbau demokratischer Rechte auf die Straße gehen und jegliche Formen von Rassismus und Faschismus mit aller Entschlossenheit stoppen. Für solche Ziele arbeiten wir gerne zusammen mit allen, die diese Werte mit uns teilen.



*Nach dem Putsch wurden Bücher unliebsamer Autor\*innen verbrannt und Künstler\*innen wie Victor Jara wurden gefoltert und ermordet  
(Quelle: public domain)*

27. August 1933:

## Die Geburtsstunde des Moorsoldatenliedes



Skulptur zum Gedenken an die Gefangenen im KZ Börgermoor

In vielen Publikationen steht, dass ein Solinger Gesangsverein dieses Lied im KZ Börgermoor vortrug. Das stimmt nicht ganz. Es gab außerdem sangesfreudige Remscheider und eine markante Solostimme aus Aachen. Rudi Goguel, ein Komponist aus Straßburg, dirigierte das Lied mit einem abgebrochenen Spatenstiel. Ich finde es immer wieder mutig und bewundernswert, was diese geschlagenen, misshandelten und dauernd hungrigen KZ-Häftlinge in kurzer Zeit auf die Beine bzw. auf die Holzpantinen brachten.

Die meisten Häftlinge wurden gleich nach dem Reichstagsbrand in sogenannte Schutzhaft genommen. Aufgrund der Listen der Weimarer Politischen Polizei konnte die Gestapo Kommunist\*innen und andere politisch unbequeme Personen direkt verhaften.

Viele der Häftlinge hatten bei der Ankunft im KZ Börgermoor schon Torturen im KZ Kemna, in Brauweiler oder anderen Haftstätten erlebt. Die Schläge mit Laten und Fußtritten gingen im KZ Börgermoor durch die SS-Wachmannschaft weiter. Kurz nach der Ankunft im Börgermoor Anfang August 1933 bildete sich eine illegale Lagerleitung. In dieser geheimen Leitung, die unter schwierigen Bedingungen zusammenkam, wurde überlegt, wie man den Wachhabenden zeigen kann, dass die Insassen keine Untermenschen sind. Da viele Häftlinge vorher in Arbeitersportvereinen, in Volksschören oder im „Agitprop“ organisiert waren, kam die Idee auf, eine Zirkusveranstaltung vorzubereiten mit Genehmigung der Kommandantur. Für das Ende der Vorstellung sollte ein Lied kreiert werden, welches wohl ernst sein musste, aber nicht sentimental. Es müsse wie beim Wolga-Lied eine getragene Stimme haben, aber auch etwas Kämpferisches wie bei den Landsknechtsliedern.

Johann Esser, der auch schon Gedichte im „Ruhr-Echo“ veröffentlicht hatte, gab Wolfgang Langhoff, dem Organisator des „Zirkus Konzentrazani“, einen Zettel mit einem Gedicht. Dieses Gedicht wurde nur unwesentlich verändert und mit einem Refrain versehen. Rudi Goguel meldete sich krank, um im Lazarett die Melodie dazu für einen vierstimmigen Chor zu komponieren.

Am 27. August 1933 gab es im Rahmen des Zirkus die Premiere vor 120 Mann Bewachung und 900 Häftlingen. Zwei Tage später wurde das Lied zwar durch den Kommandeur verboten, aber einige Wachmänner baten um den Liedtext und ließen die Häftlinge das

Moorsoldatenlied auf dem Weg zur Arbeit außerhalb der Umzäunung singen.

Besuche waren im KZ Börgermoor nicht erlaubt. Trotzdem machten sich einige Frauen aus Düsseldorf und Solingen im September 1933 auf, ihre Männer zu besuchen. Vier Stunden warteten die Frauen an der Kanalbrücke, bis sie eine Besucherlaubnis bekamen. Im Buch von Wolfgang Langhoff wie auch im Buch „Widerstand in Solingen“ wird eine Frau mit rotem Kleid erwähnt. Das war Hanne Höttges aus Solingen. Von Lya Kralik wissen wir, dass ihr Mann ihr zwei Bastkörbe als Geschenk mit den Worten überreichte: „Wenn Du das Ende zurückwickelst, findest du ein Papier, darauf ist das in Börgermoor entstandene Moorsoldatenlied aufgezeichnet“.

So, und in vielen anderen Verstecken gelangte das Lied in die Welt. Und die Antifaschist\*innen in der Welt nahmen es an und verbreiteten es weiter. Es kam in die anderen KZ, es wurde im spanischen Bürgerkrieg gesungen, kam nach London, Moskau, Paris usw.

Die „Arbeiter Illustrierte Zeitung“, die mittlerweile in Prag erschien, berichtete im März 1935 auf drei Seiten über die Moorlager. Das Lied, wie auch das Buch von Wolfgang Langhoff, wurde in allen wichtigen Weltsprachen übersetzt.

Heute gehört es mittlerweile bei Gedenkveranstaltungen dazu, das Moorsoldatenlied zu singen. Aber nicht nur dort. Es gehört zum festen Bestandteil der Arbeiterlieder und selbst Rockgruppen (z. B. Die Toten Hosen) griffen es auf. Was bedeutet die letzte Strophe „ewig kanns nicht Winter sein, einmal werden froh wir sagen: Heimat, Du bist wieder mein“ auch heute für Gefangene und Geflüchtete?

Am 27. August 2023 sangen wir als Angehörige von Moorsoldaten, Mitglieder des Aktionskomitees für ein Dokumentations- und Informationszentrum Emslandlager e.V. und weitere demokratisch gesinnte Menschen gemeinsam das Moorsoldatenlied. Die Veranstaltung fand mit Blick auf die Fläche des ehemaligen KZ Börgermoor, in Surwold statt.

*Die Autorin Klara Tuchscherer ist die Tochter des Moorsoldaten Karl Schabrod, der im Buch "Die Moorsoldaten" von W. Langhoff mit Kurt benannt wird. Ich bin Mitglied bei den "Kindern des Widerstandes". Die Gruppe hat inzwischen 7 Broschüren herausgegeben, darunter "Kinder des Widerstandes aus dem Bergischen Land".*



Weitere Informationen: [www.dkp-solingen.de](http://www.dkp-solingen.de)

E-Mail: [dkp-solingen@web.de](mailto:dkp-solingen@web.de)

V.i.S.d.P.: H. Krämer, Melanchthonstr. 5, 42653 Solingen